

HK: Wer einer stärkeren Selbstbeteiligung der Versicherten an den Gesundheitskosten das Wort redet, setzt sich bereits dem Vorwurf des Abbaus sozialstaatlicher Leistungen aus. Es könnte aber auch ein erster Schritt zu mehr Selbstverantwortung und damit Sicherung der freiheitlichen Grundlagen sozialstaatlicher Vorsorge sein ...

Hättich: Letzteres würde ich sehr unterschreiben. Wir können damit das Problem nicht lösen, aber es wäre schon ein erster „gradueller“ Schritt.

„Auf lange Sicht wird die überwiegende Mehrheit mitziehen“

HK: Wie beurteilen Sie angesichts lauter werdender Klagen über die Tendenz des Rechtsstaates zu immer weiterer Verrechtlichung und angesichts des Postulats Funktionsentlastung des Staates, auch des staatlichen Rechts, die geplante strafrechtliche Verfolgung der Vergewaltigung in der Ehe? Das Abtreibungsstrafrecht hat man mit dem Argument, Strafrecht greife da ohnehin nicht, weitgehend liberalisiert. Soll Strafrecht in einem nicht minder intimen Bereich nun doch plötzlich greifen?

Hättich: Ich glaube, wir sind uns einig, daß Vergewaltigung in der Ehe eine schlimme Sache ist. Wir sind uns aber offenbar auch darüber einig, daß mit dem Strafrecht in diesem Fall wenig auszurichten ist. Politiker täten gut daran, dies auch zu sagen. Wenn man dennoch meint, das rechtlich, strafrechtlich eigens regeln zu müssen, dann hängt das mit der Vorstellung zusammen, daß der Staat Gerechtigkeit im vollen Sinne und möglichst vollständig herstellen kann und damit mit der vorhin besprochenen rechtlichen Einforderung persönlichen Glücks. Und das geht eben nicht. In meiner Schulzeit wäre noch niemand auf die Idee gekommen, wegen einer Note vor dem Verwaltungsgericht zu klagen. Ich war mit vielen Noten nicht zufrieden, aber auf die Idee zu klagen kamen wir damals noch nicht.

HK: Vertrauen schaffen war die zweite Perspektive. Läßt sich Vertrauen schaffen durch Enttäuschung solcher Erwartungen in die unbegrenzte Regelungsfähigkeit? Und wie läßt sich so etwas auf humane Weise machen?

Hättich: Langfristig halte ich es schon für möglich, Versprechungen von Erfüllungen zu reduzieren. Dabei ist zu beachten, daß die Erwartungen nicht aus heiterem Himmel gekommen sind. Die Politik ist nicht überrumpelt worden von den ständig wachsenden Erwartungen, sie hat sie selber mit kultiviert. Es ist jeweils ein schönes Ziel zu sagen, Bürgerinnen und Bürger, wählt uns, dann wird alles noch viel besser. Daß da ein schwieriger Umlernprozeß einsetzen muß, steht außer Frage. Wir werden ein paar Durststrecken durchstehen müssen. Manche werden sagen, dann wählen wir eben diese und diese Partei nicht mehr, oder wir bleiben zu Hause. Aber auf lange Sicht wird die überwiegende Mehrheit mitziehen, wenn Parteien beim Versprechen von Staatsleistungen oder staatlichen garantierten Leistungen vorsichtiger werden.

HK: Könnte es sein, daß künftig die „Enttäuschung“ hochgeschraubter, maximalisierter Erwartungen in die Leistungsfähigkeit des Staates und staatlicher Regelungen selbst zur Staatsaufgabe wird?

Hättich: Es werden sicher Anstrengungen des Staates notwendig werden, um die Leute daran zu gewöhnen, daß es mit der Vermehrung von Staatsaufgaben und staatlichen Regelungen nicht im bisherigen Tempo weitergehen kann. Nur wird das nicht mit Redeaufwand zu machen sein, sondern nur mit sukzessivem Herunterschrauben. Als der Ölschock kam, hieß es, jetzt breche die Wirtschaft zusammen, der Lebensstandard werde rapide sinken. Es kam überhaupt nicht so. Aber es wurde auch nicht mehr ganz wie vorher. Man lebt und verhält sich doch energiepolitisch und auch sonst in manchen Punkten bewußter, ressourcenschonender. Ein solcher Gewöhnungsprozeß könnte auch im Umgang mit der Ressource Staatsleistung weiterhelfen.

Standort Bundesrepublik – Verantwortung für die Zukunft

Eine Rede Richard von Weizsäckers vor dem BDI

Unter dem Titel „Gemeinsame Verantwortung von Politik und Wirtschaft für die Zukunft“ hielt Bundespräsident Richard von Weizsäcker am 7. Juni vor der Jahrestagung des Bundes der deutschen Industrie eine Ansprache, in der er mit Eindringlichkeit von der Bundesrepublik als wirtschaftlich-technologischem und human-sozialem Potential sprach, das es in der gegenwärtigen technologischen und wirtschaftlichen Umbruchsituation zu nutzen und zu kräftigen gelte. Wir dokumentieren den leicht gekürzten Text der Ansprache.

Von Ihren Stichworten greife ich die Internationalisierung der Märkte auf. Ich nehme sie zum Ausgangspunkt, weil sie sich mit elementarer Dynamik ausbreitet und auch bei uns unwiderstehlich vordringt. Sie ist für uns lebensnotwendig, sie ist voller Chancen, aber auch voller Härten. Sie ist die Folge davon, daß die Welt gelernt hat, den Entfernungen ihre Bedeutung und Kosten zu nehmen. Von der Einführung der Dampfschiffe, die den Weltagrarhandel einleitete, bis zur Telekommunikation, die

zum täglichen Vierundzwanzigstundenhandel mit Währungen und Kapital rund um die Erde führt, wachsen die Märkte zusammen.

Die Auswirkungen gehen weit über den Wettbewerb der Produzenten und Verkäufer hinaus. Auch das Verhalten der politischen Mächte wird zunehmend von ihr bestimmt. Früher gipfelte Machtpolitik letztlich in der Fähigkeit und Entschlossenheit, Kriege zu führen. Ganz gewiß hat auch heute Machtpolitik, zumal Großmachtpolitik, nicht aufgehört zu bestehen. Im Zeitalter atomarer Waffen wird nach wie vor gerüstet, aber um Kriege zu verhindern, nicht weil man in der Lage wäre, sie zu führen. Machtpolitik erfordert statt dessen mehr und mehr die Fähigkeit, sich an der wachsenden weltweiten ökonomischen Interdependenz zu beteiligen und sie zum eigenen Vorteil zu nutzen.

„Die Märkte wachsen zusammen“

Die zukünftige Weltstellung des reichen Amerika wird sich maßgeblich danach richten, wie sich seine internationale Wettbewerbsfähigkeit entwickelt. Mit seiner Forschung und Hochtechnologie gehört es zur Spitze. Es profitiert im Außenhandel vom gefallenem Dollarkurs. Möglichkeiten zur schrittweisen Sanierung des Staatshaushalts sind vorhanden. Doch liegen seinem Zwillingsdefizit nach wie vor strukturelle Schwächen zugrunde. Der Produktivitätsfortschritt ist relativ bescheiden. Amerikaner haben die Tendenz, mehr zu konsumieren als zu produzieren, zu wenig zu sparen, über die eigenen Verhältnisse zu leben. Der Druck von außen nach innen, aber damit auch der Druck von innen nach außen, wird wachsen. Das Resultat ist ungewiß.

In der Sowjetunion hat man erkannt, daß man im weltweiten Machtvergleich hoffnungslos zurückbleiben wird, wenn man sich weiterhin nach außen abschließt. Nur eine erfolgreiche Beteiligung an der internationalen wirtschaftlichen Zusammenarbeit kann die eigene Weltgeltung sichern. Dazu muß die innere Leistungsfähigkeit in der Sowjetunion hergestellt werden: Perestroika. China ist ein ebenso beunruhigendes wie belebendes Beispiel für die Russen. Wie auch immer die Führung in Moskau sich personell zusammensetzen wird, die sachliche Tagesordnung als solche ist einigermaßen zwingend. Sie dürfte sich kaum wesentlich verändern.

Japan ist das markanteste Beispiel für die Wandlungen in der Machtpolitik. Die militärische Dominanz in seinem Teil der Welt war ihm fast gelungen und ist dann doch völlig gescheitert. In vierzig Jahren hat sich nun aber Japan mit den Mitteln, die die Internationalisierung der Märkte bietet, zur vorherrschenden Macht in seiner Region entfaltet. Dort, im pazifischen Becken und angrenzenden Asien lebt bald die Hälfte der Weltbevölkerung. Es ist ein wachsender, wirtschaftlich aktiver, besonders lernfähiger und erfindungsreicher Teil der Menschheit ...

Wir Deutschen haben zur Internationalisierung der Märkte in der Nachkriegszeit nachhaltig beigetragen und mit ihrer Hilfe unseren Wohlstand begründet. Wir haben

uns unwiderruflich auf sie eingelassen. Wir leben vom offenen Welthandel, aber wir bekommen auch seine Folgen zu spüren. Unsere größten Probleme, die hartnäckige Arbeitslosigkeit, die sozialen Spannungen bei der sektoralen und regionalen Strukturanpassung, der Kampf um die Anteile an den öffentlichen Haushalten und um Haushaltsausgleich – sie alle stehen unter dem wachsenden Druck, den uns der Wettbewerb der internationalisierten Märkte beschert.

„Wir stehen mitten im internationalen Wettbewerb“

Noch sind die wirtschafts-, finanz- und sozialpolitischen Entscheidungen überwiegend vom nationalen Horizont geprägt. Sie werden im Blick auf inländische Mehrheits- und Machtverhältnisse gesucht und getroffen. Gleichzeitig gewinnt die Internationalisierung der Märkte aber auch bei uns unablässig an Durchschlagskraft. Sie relativiert zunehmend das Gewicht rein nationaler Gesichtspunkte. Nicht nur die Unternehmer haben international die Wahl ihrer Standorte. Auch die Bürger gewinnen als Konsumenten am Markt in wachsendem Maß einen grenzüberschreitenden Einfluß.

Kaufkraft schafft Arbeitsplätze. Die Frage ist nur, wo? Das regelt sich primär durch den internationalen Markt. Mit ihrem Verhalten begrenzen und korrigieren also Bürger die Handlungsweise von Politikern und von gesellschaftlichen Gruppen zu Hause.

Wir befinden uns mitten in großen legislativen Reformdebatten im Bereich der Steuern, der Gesundheitspolitik, der Post und später der Renten. Zum Inhalt nehme ich naheliegenderweise nicht Stellung. Ich halte es aber für ein Gebot der Vernunft zu erkennen, daß dies keine kurze, vorübergehende Phase ist, sondern daß wir uns erst am Anfang gewichtiger Reformprozesse befinden. Diese Prozesse sind keine rein innenpolitisch motivierten Kämpfe auf bekannten nationalen Spielwiesen. Vielmehr sind sie in hohem Maße die Folge des Drucks, den die wachsende internationale Verflechtung mit sich bringt. Wer auch immer das Regierungsmandat bei uns besitzt, er wird sich um unserer eigenen international verankerten wirtschaftlichen Lebensgrundlage willen dem vergleichenden Einfluß von außen nicht entziehen können. Wer aus einem nationalen Blickwinkel heraus internationale Anpassungsprozesse glaubt verdrängen zu können, der sägt an dem Ast, auf dem wir alle sitzen.

Der internationale Wettbewerb, von dem wir leben, betrifft nicht nur die freie Wirtschaft. Er wird nicht nur von der Qualität der Produkte geprägt, sondern auch von der allgemeinen Standortqualität. Wir stehen, ob wir uns dessen bewußt sind oder nicht, mitten im internationalen Wettbewerb, und zwar auch mit dem Verhalten und Verhältnis von Staat und Bürger, mit der Bildung und Ausbildung, mit der Einstellung der Menschen zu Arbeit und Freizeit, zu Vorsorge und Fürsorge, mit der Tarifpolitik und dem Steuerwesen, mit dem Arbeitsrecht und der So-

zialversicherung. Wir leben in einer, wenn auch indirekten, Konkurrenz der gesellschaftlichen Mentalitäten, Kräfte und Systeme.

Wer sich dies bisher verbergen wollte, wird nun auf dem Weg zum Binnenmarkt in der Europäischen Gemeinschaft unentrinnbar damit konfrontiert. Zwar gilt es, „ein Wunder zu vollbringen“, wie Kommissionspräsident Delors sagt, wenn wir bis 1992 die vier großen Freiheiten, nämlich für Personen, Kapital, Waren und Dienstleistungen in der Gemeinschaft verwirklichen wollen. Aber es wird nun damit ernst.

„Es gibt nur eine uneingeschränkte Beteiligung am Binnenmarkt“

Auch die europäische Wirtschaft, die ihren Regierungen lange Zeit die nötige Kraft nicht zugetraut hat, stellt sich jetzt voll darauf ein. Die öffentlichen und die privaten Sektoren beflügeln und treiben sich gegenseitig vorwärts, ebenso wie es die Partnerländer untereinander tun, und das ist gut so. Laut Kommission müssen wir bis Ende 1992 etwa dreihundert Hindernisse beseitigen. Wie viele wir rechtzeitig bewältigen, wird sich zeigen. Ziemlich unmerklich von der Öffentlichkeit wird aber auf Schlüsselfeldern hart gearbeitet.

– Es gilt, wechselseitig die Bildungssysteme zu öffnen und Hochschuldiplome wechselseitig anzuerkennen. Eine Annäherung der Studiendauer ist im übrigen im elementaren Interesse der jungen Deutschen dringend geboten; denn noch immer müssen sie im Gegensatz zu ihren europäischen Altersgenossen allzu lange lernen und darauf warten, bis sie mit eigener Arbeit beginnen können und durch die Übertragung eigener Verantwortung ausgefüllt und ernst genommen werden.

– Die Liberalisierung des Kapitalverkehrs ist in vollem Gang.

– Eine Perspektive in Richtung auf eine europäische Währungs- und Notenbank ist unumgänglich. Noch divergieren die nationalen Traditionen und Prioritäten erheblich. Zumal wir Deutschen sind recht schwierige Partner in diesem Streit, nicht zuletzt deshalb, weil wir eine besonders starke eigene Währung und ein hervorragendes Zentralbanksystem haben. Aber es dürfte auf die Dauer auch uns selbst nichts nützen, wenn wir uns nur restriktiv und defensiv verhalten. In den Partnerländern sind die Stabilität der Preise, das Konzept der marktwirtschaftlichen Steuerung über den Wettbewerb und die Einsicht in die Vorteile freier Kapitalmärkte deutlich gewachsen.

Unsere eigenen bewährten Leitlinien gewinnen also an Boden. Wer die europäische Einigung ernsthaft will, muß früher oder später an ein europäisches Währungs- und Notenbanksystem herangehen. Vielleicht sollten als nächstes nicht Regierungen oder Wissenschaftler, sondern die Notenbankpräsidenten selbst ein zukunftsweisendes Gutachten erarbeiten, und zwar nicht nur jeder für sich, sondern sie alle gemeinsam.

– Die Diskussion über die Steuerharmonisierung macht Fortschritte. Sie ist schwierig genug, indirekte Steuern dürfen den Wettbewerb nicht nachhaltig verzerren. Es wird nicht ganz ohne Ausnahmeregelungen gehen, aber es geht schrittweise voran.

– Auf dem Weg zum Binnenmarkt werden unterschiedliche Methoden anzuwenden sein. Einerseits gilt es, Regeln zu beseitigen, die den Zugang zu Märkten und Aufträgen administrativ hemmen, zumal wenn die öffentliche Hand der Besteller ist: Neben der Deregulierung steht die Harmonisierung. Die Normen bedürfen der Angleichung. Wir werden dort, wo es um Gesundheit und Umweltschutz geht, uns gewiß nicht auf einem niedrigen Niveau vereinheitlichen wollen und können. Wir werden das Ziel der Markteinheit aber auch nicht mit Problemen belasten, die durchaus ohne Gemeinschaftsregelung auskommen. Der nationalen Deregulierung sollte kein gemeinschaftlicher Vorschriftenfanatismus gegenüberreten.

Kein Wirtschaftszweig darf national abgeschirmt werden. Es gibt nur eine uneingeschränkte Beteiligung am Binnenmarkt, keine selektive. Oder sollten wir uns Europa etwa ohne einen gemeinsamen Transport- und Verkehrsmarkt oder einen gemeinsamen Versicherungsmarkt vorstellen? Auch ein nationaler Denkmalschutz für eigene Unternehmen gegen internationale Übernahmeangebote wäre gegen die Prinzipien des Binnenmarktes. Es wird im sozial- und tarifpolitischen Bereich wohl zu einigen Harmonisierungen kommen, neben denen allerdings länderspezifische Traditionen fortbestehen dürfen. Diese werden keinen Fremden ausschließen, ihm aber vielleicht Pflichten auferlegen, die er von Hause aus nicht gewohnt ist. Schließlich darf es keinerlei Abkapselung der Gemeinschaft nach außen geben. Wo es noch nationale Handelsbeschränkungen gegenüber Drittländern gibt, dürfen sie nicht „vergemeinschaftet“ und damit zu europäischen Barrieren gemacht werden. Vielmehr muß in der umgekehrten Richtung noch viel gesehen werden. Wir werden jeden Europrotektionismus abzubauen haben, vor allem auch dort, wo er sich gegen die Länder der Dritten Welt richtet. Das entspricht unserer weltweiten Verantwortung und auch unserem eigenen langfristigen Interesse. So werden wir Europäer zum Beispiel im GATT beim Thema Landwirtschaft noch bedeutende Bewährungsproben zu bestehen haben ...

Die Internationalisierung der Märkte ist es, die bei uns die Diskussion über den Industriestandort Bundesrepublik Deutschland in Gang gebracht hat. Vor allem die Wirtschaft selbst hat es getan. Manchmal wundert man sich drüber, wer in diesem Streit welchen Standpunkt bezieht. Unternehmer sind es, die klagen. Sie beschreiben unser Land als den teuersten Produktionsstandort und fühlen sich durch Vorschriften aller Art eingeeengt. Gewiß, aber dabei sind sie es doch, die über Alternativen zu diesem Standort verfügen. Sie können auch im Ausland produzieren.

Anders sieht es bei den Gewerkschaften und überdies auch bei den Politikern und dem ganzen öffentlichen

Dienst aus. Sie verteidigen im allgemeinen die Qualitäten unseres Standortes, wären aber selbst die Leidtragenden ohne Ausweichschancen, wenn und soweit die Klagen über den Standort berechtigt sind und nicht abgestellt werden.

Die Vor- und Nachteile der Bundesrepublik Deutschland als Produktionsstandort sind ja im wesentlichen bekannt. Wir sind Spitzenreiter bei den Lohnkosten, den Personalnebenkosten und den Unternehmenssteuern. Die Kosten für Energie, Telekommunikation und Umweltschutz sind hoch. Wir haben die kürzesten Arbeitszeiten. Das Netz des Arbeits- und Sozialrechts ist besonders dicht und daher auch aufwendig.

Dafür haben wir ein hohes Maß an sozialem Frieden und allgemeiner politischer Stabilität. Die Infrastruktur ist hervorragend, Forschung und Entwicklung haben ein hohes Niveau, der industrielle Ausbildungsstand ist beispielhaft.

Wer die Vergangenheit und Gegenwart beurteilt, kann im Ernst nicht von einem absteigenden Industriestandort bei uns reden. Für die Zukunft freilich ist die Lösung dreier Aufgaben entscheidend. Alle drei sind untereinander verflochten, und alle drei stehen unter dem bestimmenden Einfluß des internationalen Wettbewerbs: Förderung des Wirtschaftswachstums, Erfolg im Kampf gegen die Arbeitslosigkeit, Fähigkeit zum sektoralen und regionalen Strukturwandel.

„Das Schwarze-Peter-Spiel führt nicht weiter“

Unser wirtschaftliches Wachstum zeigt zur Zeit recht positive Tendenzen, läßt aber, aufs Ganze gesehen, zu wünschen übrig. Der anhaltende Leistungsbilanzüberschuß ist dafür kein Trost. Er erklärt sich gewiß auch durch unsere gute internationale Wettbewerbsposition, aber nicht zuletzt durch billige Ölimporte und währungsbedingt preiswerte Einfuhren. Er ist ein Zeichen für eine noch unzureichende binnenwirtschaftliche Absorption. Diese führt zu einem starken Export von Kapitalien, die sich im Inland zu keiner Anlage bereithalten. Im Vergleich zu unserer hohen Leistungsfähigkeit wird bei uns zuwenig investiert, zumal im sensiblen Ausrüstungssektor.

Auch ausländische Investoren halten sich bei uns vergleichsweise zurück. So plazieren die Japaner von ihren Investitionen in der Europäischen Gemeinschaft in unserem Land zur Zeit nur einen Anteil von etwa einem Zehntel, obwohl wir in der Gemeinschaft ein knappes Fünftel der Bevölkerung und vielleicht ein Viertel der Nachfragekapazität stellen.

Voraussetzungen für mehr Wachstum zu schaffen, wird zu den wichtigsten Aufgaben der deutschen Wirtschafts- und Finanzpolitik gehören. Technologie und Produktivität, heimisches Humankapital und die Nähe des deutschen Marktes als des größten in Europa werden dazu positiv beitragen.

Im Mittelpunkt unserer politischen Diskussion steht die

Arbeitslosigkeit; mit Recht, denn sie betrifft die Menschen am härtesten und ganz unmittelbar. Seit 1983 nahm die Zahl der Beschäftigten bei uns um mehr als 700 000 zu. Dennoch war die Beschäftigungsexpansion für einen Erfolg im Kampf gegen die Arbeitslosigkeit zu gering.

Der Beschäftigungsmangel hat, wie wir alle wissen, nur zum Teil konjunkturelle, in weitem Umfang dagegen strukturelle Ursachen. Dazu gehören, auch das ist allseits bekannt,

- die große Zahl der Frauen, die eine Arbeit suchen;
- die starken Jahrgänge, die nach Abschluß der Ausbildung in den Beruf drängen;
- Optionen zu internationaler Abwanderung für die Produzenten;

– Ausbildungsrückstände: Jeder zweite Erwerbslose ist ohne abgeschlossene Ausbildung. Bei den Beschäftigten trifft dies lediglich für jeden vierten zu. Die Arbeitslosenquote ist bei den weniger qualifizierten Erwerbspersonen mit schätzungsweise 16 Prozent nahezu doppelt so hoch wie bei den Erwerbstätigen insgesamt. Die durchschnittliche Dauer der Arbeitslosigkeit ist bei ihnen mit fünfzehn Monaten nicht nur wesentlich länger als im allgemeinen, sondern sie hat im vergangenen Jahr – anders als bei Personen mit abgeschlossener Ausbildung – deutlich zugenommen;

- schließlich wirtschaftsstrukturelle Ursachen, deutlich an starken regionalen Abweichungen in den Arbeitslosenquoten zu erkennen.

Niemand kann allein auf alle Ursachen der Arbeitslosigkeit einwirken. Das Schwarze-Peter-Spiel führt nicht weiter. Zu fragen ist vielmehr, wer muß, wer kann bei uns etwas tun, und was kann er tun?

In unserer Gesellschaftsordnung besteht eine subsidiär gestufte Verantwortung. Sie reicht vom Arbeitslosen selbst über die Betriebe, die Branchen und Verbände bis zum Staat. Der Staat wirkt in erster Linie auf die Bedingungen für mehr Wachstum im Rahmen der allgemeinen Wirtschafts-, Finanz- und Geldpolitik und damit auf die Beschäftigungschancen ein. Hinzu kommen wichtige, den Arbeitsmarkt unmittelbar beeinflussende Einzelmaßnahmen, wie ABM, Umschulungsprogramme, Lohnkostenzuschüsse im Falle älterer Arbeitsloser, schließlich auch sein eigenes Verhalten als Arbeitgeber.

Blickt man auf die demographische Entwicklung, so zeigen sich Beschäftigungsreserven im Bereich der Humandienstleistungen. Die Bevölkerung wird älter. Die Betreuungsaufgaben wachsen ständig. Ein internationaler Vergleich ergibt, daß nicht nur Länder wie Schweden, sondern auch die USA oder Großbritannien einen erheblich höheren Anteil an Beschäftigung in diesem Sektor haben. Hier können vor allem Frauen eine Arbeit finden, die sie dann suchen, wenn diese mit der nötigen Flexibilität angeboten wird. Das heißt mit großem Nachdruck und vor allem: Teilzeitarbeit. Wenn die öffentliche Hand dazu nicht ausreichend fähig und bereit ist, werden private Dienste stärker ins Spiel kommen. Der rasch wachsende Anteil alter Menschen an der Gesamtbevölkerung wird es erzwingen.

Teilzeitarbeit spielt übrigens weit über die Humandienstleistungen hinaus eine große Rolle. Jede vierte arbeitslose Frau sucht eine Teilzeitbeschäftigung. Unter denen, die Teilzeitarbeit suchen, machen die Frauen über 90 Prozent aus. Teilzeitarbeit ist also eine wichtige Brücke zwischen vielen Arbeitnehmerwünschen und einem zur Differenzierung befähigten Angebot am Arbeitsmarkt.

Für die Sozialpartner besteht eine zwingende Notwendigkeit, sich den Besonderheiten von Branchen und Regionen so beweglich wie möglich anzupassen. Von Hause aus haben es Tarifpartner ohnehin schwer, die Interessen ihrer Mitglieder so zu vertreten, daß dabei zugleich etwas Effektives zugunsten der Arbeitslosen herauskommt.

Im Betrieb denken Unternehmer und Betriebsrat primär an die eigene Belegschaft und weniger an die, die draußen warten. Wie sollte es anders sein? Und wie steht es überbetrieblich? Wer ist dort der berufene Anwalt der Arbeitslosen?

Die Gewerkschaften nehmen es für sich in Anspruch. Und ich meine, mit Recht können sie darauf verweisen, daß die ganze Arbeiterbewegung in ihrer Entstehung und Leitidee nicht nur den Bedingungen abhängiger Arbeit gewidmet war, sondern vor allem auch der Frage, wie man menschenwürdige Arbeit überhaupt bekommt, ohne sie gleich wieder zu verlieren, und wie man geschützt ist, solange man sie noch suchen muß. Ich hielte es für politisch, moralisch und menschlich völlig abwegig, den Gewerkschaften mangelnde Anteilnahme an der Arbeitslosigkeit nachzusagen, wie es gelegentlich geschieht. Richtiger wäre der Vorwurf, der freilich auch allen anderen Beteiligten in der Politik und Wirtschaft gilt, daß mehr versprochen als gehalten wird. Verwunderlich ist das kaum.

Der Unternehmer hat in Wahrheit mehr Mühe als der Arbeitnehmervertreter, sein Engagement zugunsten der Arbeitslosen glaubwürdig darzutun. Denn das unmittelbare Ziel des Unternehmers ist der wettbewerbsfähige, erfolgreiche Betrieb, während die positiven sozialpolitischen Auswirkungen mittelbarer Natur sind.

Bei den Gewerkschaften bringen es die Organisationsstruktur und die Dominanz des Denkens in Laufzeiten von Tarifverträgen beinahe zwangsläufig mit sich, daß in erster Linie die Interessen derer vertreten werden, die Arbeit haben. Tarifparteien verhandeln miteinander vor dem Hintergrund ihrer Fähigkeit zum Arbeitskampf. Beschäftigte können ihn führen, aber wie sollen es Arbeitslose tun?

Und was die Tarifpolitik selbst anbetrifft, so ist in der Tat schwer vorstellbar, wie es gelingen soll, gleichzeitig Lohnverbesserungen, Arbeitszeitverkürzungen und neue Arbeitsplätze zu erreichen. Das bisherige Ergebnis ist, daß bei Tariffrunden das, was zu verteilen ist, im wesentlichen unter den Inhabern von Arbeitsplätzen aufgeteilt wird. Beschäftigungsimpulse für Arbeitslose oder gar Opfer zu ihren Gunsten durch Tarifverträge – das ist gewiß die Ausnahme. Aber es bleibt die große Aufgabe. Wir dürfen sie nicht für unerreichbar halten, und sie ist es auch nicht. Voraussetzung dafür ist, daß in den Tarifverhandlungen

die Erkenntnis wächst, nicht nur über Löhne und Arbeitsbedingungen von heute, sondern auch wesentlich über die Beschäftigungschancen in der Zukunft zu entscheiden.

Es gibt positive Beispiele, auf die mit der Verleihung des Carl-Bertelsmann-Preises erneut öffentlich aufmerksam gemacht wurde. Sie betreffen zum einen das Ziel, betrieblich flexibel umzusetzen, was an Verkürzung der Arbeitszeit vereinbart wurde. In einem anderen Fall wurden Qualifizierungstraining und Weiterbildung zum Kernstück eines Tarifvertrages gemacht. Beides orientiert sich am Bedürfnis des Menschen nach einer möglichst individuellen Gestaltung seines Berufsweges und kann einen Beitrag zu mehr Beschäftigung leisten.

Schwer genug bleibt die Aufgabe. Es geht um Einsichten, die in Widerspruch zu bisherigen Verhaltensweisen geraten können. Wie kann es gelingen, ihnen voranzuhelfen, ohne daß sie an einer doppelten Gefahr scheitern, nämlich entweder ebenso ungeprüft wie wirkungsvoll als soziale Demontage abgetan zu werden, oder daß mit allzu kalt kalkulierendem Rechenstift das soziale Klima aufs Spiel gesetzt wird, weil es betrieblich nicht rechenfähig ist, obwohl es doch einen ganz unersetzlichen Rang für die humanen und für die ökonomischen Interessen hat.

Wir sollten nicht den Ehrgeiz haben, mit anderen Industriegesellschaften darum zu streiten, wer sich die „erste postsoziale Gesellschaft“ nennen darf. Zwar können wir viel Gutes von anderen Ländern lernen und ihre heißen Debatten mit lebhaftem Interesse und Gewinn verfolgen. Unsere eigenen bewährten Erfahrungen sollten wir darüber aber nicht geringschätzen.

Mit dem Apostel Paulus, dessen strenge Ethik von wirtschaftlichem Denken her in besonderer Weise verstehbar ist, bekennen wir uns zur Selbstverantwortung. Wir haben in der Freiheit zu bestehen (siehe Galaterbrief), nicht andere für uns. Apostolisch ist aber nicht nur die Einsicht, daß jeder arbeiten soll, der arbeiten kann. Ebenso gut paulinisch ist es, dafür zu sorgen, daß er auch Arbeit finden kann und daß jedem zu helfen ist, der ohne eigenes Verschulden durch persönliche Behinderung oder durch das soziale Umfeld in der Arbeitswelt nicht zurechtkommt.

Die Freiheit des Paulus heißt Pflicht zur Arbeit und Recht auf Arbeit. Sie bedeutet Selbstverantwortung und Solidarität. An diesem zentralen Punkt erhoffe ich mir keinen Wertewandel bei uns, und ich sehe ihn auch nicht kommen, denn hier liegt ein wesentliches Stück der Qualität unseres Standortes in Deutschland. Wir werden uns oft hart streiten und kämpfen, uns gegenseitig auch immer wieder der ideologischen Vorurteile oder der persönlichen Gewinnsucht bezichtigen, uns am Ende aber doch der Vernunft öffnen, und das heißt der Einsicht in den Zusammenhang von Argument und Akzeptanz, von Bilanz und Klima, von Hilfe für sich selbst und Hilfe für andere.

Die Kraft zu Selbstverantwortung und Solidarität werden wir in schwierigen Fragen dringend brauchen.

– Ich denke an die Auswirkungen der Vereinbarungen

über Arbeitszeit auf Investitionen. Wer Investitionen auf Grund von Arbeitszeitverkürzungen erwartet, muß erkennen, daß dies teuer und im internationalen Wettbewerb um Kapitalanlagen wenig aussichtsreich ist, sofern das investierte Kapital dann auch noch kürzer genutzt wird als anderswo. Alle Kosten steigen zu Lasten der Wettbewerbsfähigkeit und damit zu Lasten der Beschäftigung, wenn mit der Arbeitszeit auch die Ausnützung der Maschinen zurückgeht.

– Bei Tarifabschlüssen ist eine abgewogene Behandlung der Lohngruppen von erheblichem Gewicht. Es ist ein ebenso legitimes wie menschliches und soziales Gefühl, die unteren Lohngruppen relativ besser zu bedenken. Aber gerade auch in ihrem eigenen Interesse darf man dabei einen Begleiteffekt nicht übersehen: je höher die Löhne für unsere Tarifgruppen ausgehandelt werden, und je weniger dabei berücksichtigt wird, ob und inwieweit die Wertschöpfung je Arbeitsstunde in diesen Gruppen hinter dem Lohn oder der Leistung technischer Geräte zurückbleibt, desto größer wird das Risiko des Ungelernten, keinen Arbeitsplatz zu finden.

– Allgemein gilt es, immer wieder abzuwägen, ob Vorteile, die dem Begünstigten ein Schutzrecht gewähren, mit Nachteilen für andere verbunden sind, vielleicht für Schwächere. Manche Regelungen stammen aus einer Zeit, in der die Arbeitsmarktlage oder die Produktionsbedingungen völlig andere waren als heute.

Besitzstände sind damals zumeist aus guten Gründen geschaffen worden. Befreit sind sie deshalb nicht von der Pflicht, ihre soziale Notwendigkeit auch in der Gegenwart nachzuweisen. Bisher ist es weitgehend gelungen, strukturelle und soziale Probleme mit Hilfe eines wachsenden Sozialproduktes zu lösen, und zwar im wesentlichen ohne Besitzstände zu berühren.

Es wäre unvernünftig und unsozial zu glauben, daß dies so bleibt, wenn wir uns mit den neuen Fragestellungen der alternden Bevölkerung, des zunehmenden Pflagerisikos, der wachsenden Umweltlasten und des verstärkten internationalen Wettbewerbs auseinandersetzen haben. Nicht ein Abbau sozialer Leistungen ist das Ziel, sondern die Sicherung des sozialen Standards durch seine Anpassung an veränderte Bedingungen.

In unserer Wirtschafts-, Arbeits- und Sozialordnung wirken drei Ebenen zusammen: der staatliche Rahmen, die Koalitionsfreiheit und Tarifautonomie sowie das Unternehmensrecht mit seiner Mitbestimmung und Betriebsverfassung.

Zusammen bilden sie ein Geflecht von Konsens und Konflikt, das die Chance zur Erneuerung bietet. Es wird sich in seiner innovativen Kraft zu bewähren haben. Eine Zeitlang hatte die „Konzertierte Aktion“ gute Dienste geleistet, bis sie ihren eigentlichen Sinn verriet, indem sie dem Druck zu öffentlicher Profilierung nachgab. Aber Bedarf nach dem, was mit ihr gemeint war, ist keineswegs geschwunden.

Mangelnder Erfolg im Kampf gegen Arbeitslosigkeit ist auch einer der wichtigsten Gründe dafür, daß der fällige Strukturwandel zu wünschen übrig läßt. Wirtschaftswis-

senschaftliche Untersuchungen belegen, daß die Anpassungsprozesse in manchen anderen Ländern rascher und besser vor sich gehen als bei uns. Die Lohnkosten in der Schweiz sind eher höher als die unsrigen, Sozialkosten und Steuern in Schweden lassen sich durch unsere Daten wahrlich nicht lumpen. In beiden Ländern aber hat eine vorbildliche Zusammenarbeit des Staates, der Regionen, der Tarifpartner, der Branchen und nicht zuletzt der Bürger selbst sein hohes Maß an Flexibilität und Mobilität erzeugt. So wurden sektorale und regionale Anpassungen zugleich bewältigt.

„Der Zusammenhang von menschlichem Klima und Leistungsfähigkeit“

Der Ausgleich der regionalen Ungleichgewichte bei uns stellt besonders schwierige Aufgaben. Natürlich gibt es Mittel, die theoretisch denkbar und schlüssig sind, die sich aber praktisch verbieten. Das hat selbstverständlich jener Wirtschaftswissenschaftler, nämlich Horst Siebert, genau gewußt, als er unlängst über die positiven Folgen für die regionale Struktur reflektierte, die es gäbe, wenn wir anstelle der gemeinsamen D-Mark in der Lage wären, zwei Währungen zu haben, nämlich im Norden der Bundesrepublik Deutschland eine „Hansa-Mark“ und in der anderen Hälfte unseres Landes einen „Süd-Batzen“ einführen und durch die bewegliche Relation der beiden Währungen zueinander die Chancen des Nordens steigern könnten.

Das also geht zweifellos nicht. Was sonst der Wechselkurs leisten könnte, findet sich nun als Last auf dem Rücken der Arbeitslosen wieder. Und wie es mit einem ebenfalls belastenden Befund steht, wonach der Bruttostundenverdienst im Norden höher sei als im Süden, das lasse ich offen.

Nur so viel dürfte sicher sein: Es geht nicht allein und primär um bessere Absicherung, sondern es geht um beweglichere und günstigere Wettbewerbsbedingungen, zumal für mittlere und kleinere Unternehmen in neuen lebenskräftigen Branchen, wenn strukturschwachen Regionen nachhaltig geholfen werden soll. Eine Strukturpolitik, die den Strukturwandel an der Spitze der Kolonne fördert, darf ihn nicht gleichzeitig am Ende des Geleitzuges durch strukturkonservierende Maßnahmen bremsen.

Besorgniserregend ist im übrigen nicht, daß in Branchen Arbeitsplätze abgebaut werden, die nicht mehr wettbewerbsfähig sind. Beunruhigend ist vielmehr, wenn gleichzeitig in anderen zukunftsträchtigen Wirtschaftszweigen zuwenig Arbeitsplätze neu entstehen.

Im Zeichen der technischen Entwicklungen wächst die Welt zusammen. Machtpolitik bleibt. Aber ihre Mittel verändern sich. Es ist die menscheitszerstörende Kraft der heutigen Waffentechnik, die die großen Mächte dazu zwingt, ihren Einfluß anders zu suchen und auszuüben als rein militärisch. Mit ihren Waffen allein können Supermächte sich gegenseitig abschrecken und auch andere bedrohen. Aber weder können sie gegeneinander Krieg führen noch ihre Superwaffen zur Entscheidung auf re-

gionalen Konfliktfeldern einsetzen; Vietnam und Afghanistan, Nicaragua und Angola lehren es.

Machtpolitik erfordert in wachsendem Maße andere Fähigkeiten. Eine Großmacht kann nur Großmacht bleiben, wenn sie es lernt, sich der Mittel einer entstehenden internationalen Interdependenz in technischer und wirtschaftlicher Hinsicht zu bedienen. Vorrang und Abhängigkeiten werden damit sowenig verschwinden wie gegenläufige Interessen und scharfer Wettbewerb, wie soziale Spannungen und Notstände.

Diese Entwicklung bietet aber andere, fruchtbarere Mittel, um geistige, politische, wirtschaftliche und soziale Energien freizusetzen. Sie kann Beziehungen vertiefen und gegenseitige Abhängigkeiten in einem Sinne erzeugen, der Sicherheit und Stabilität so zu begründen vermag, wie sie sich mit Waffen allein nicht mehr erreichen lassen. Dies steht hinter der Internationalisierung der Märkte, aber nicht als kostenloses Geschenk, sondern als eine Chance, und zwar zu neuen, harten Bedingungen, denn sie zwingt jedem Land höchst unbequeme Anpassungsprozesse auf.

In Europa ist unser Zugang zu und unser Bedarf nach den Waffenarsenalen als den traditionellen Mitteln der Macht zwar im einzelnen unterschiedlich, im ganzen aber begrenzt, und so soll es bleiben. In diesem Felde können und wollen wir mit den Supermächten nicht konkurrieren. Unsere Freiheit freilich brauchen wir, und wir müssen sie schützen. Auch wenn Kriege nicht mehr zu führen sind, sie zu verhüten bleibt unsere Aufgabe.

Wir Europäer müssen, wir können und wir wollen es aber mit den Supermächten in der internationalen ökonomischen Zusammenarbeit aufnehmen.

– Wir müssen es, wenn wir Herren unserer zukünftigen Geschichte bleiben wollen.

– Wir können es, denn unsere Zahl, unsere technischen und wissenschaftlichen Fähigkeiten, unsere Bildung und Ausbildung und unsere gesellschaftliche Stabilität brauchen keinen Vergleich zu scheuen.

– Wir wollen es, denn eine wachsende internationale Zusammenarbeit und gegenseitige Abhängigkeit sichern den Frieden anders und besser, als allein militärische Macht im Atomzeitalter es vermöchte. Sie bewegen die innenpolitischen Spannungen weg von fruchtloser Konfrontation und hin zu Offenheit, zu gemeinsamen Einsichten und Zusammenarbeit.

Für uns im eigenen Land wird es von ausschlaggebender Bedeutung sein, die internationalen Einflüsse richtig zu erkennen und zu nutzen. Jedes Land muß sich um seiner Wettbewerbsfähigkeit willen gewaltig anstrengen, ganz gewiß auch wir. Wachstum, Strukturanpassung, Beschäftigung gehören dazu. Schutz vor der Außenwelt wird es nicht geben. Wer den Kostenvergleich verdrängt, schaltet sich selbst aus.

Wer aber die Qualität der humanen Rahmenbedingung für die Leistungsfähigkeit unserer Betriebe und unserer Volkswirtschaft verkennt, wird es mit Kosten allein auch nicht schaffen. Freiheit, berufliche Erfüllung und Erfolg der Person sind eng verknüpft mit dem Klima im Gemeinwesen. Wachsende Spannungen und eine erkaltende un-solidarische Atmosphäre wären kein akzeptabler Preis für sinkende Kosten.

Hier geht es nicht darum, harten rechnerischen Tatsachen sentimentale Gefühle gegenüberzustellen. Vielmehr gebieten Erfahrung und Vernunft die Einsicht in den untrennbaren Zusammenhang von menschlichem Klima und Leistungsfähigkeit, von offener Bereitschaft zur Zusammenarbeit und eigenem wohlverstandenen nachrechenbarem Interesse ...

Verdirbt politische Pluralität den Katholizismus?

Anmerkungen zu einem wenig diskutierten Thema

Wie pluralistisch ist der deutsche Katholizismus gegenüber Weimar und den Anfängen der Bundesrepublik eigentlich geworden? Was hat sich strukturell verschoben? Was bildet sich wo und wie an neuen Artikulationsformen heraus? Friedhelm Hengsbach, Sozialethiker in St. Georgen/Frankfurt, trug auf der diesjährigen Sozialethikertagung in Mönchengladbach (12.–14. Mai) eine Skizze der eingetretenen Veränderungen vor und versuchte eine Wertung. Aufjense Skizze geht der folgende Beitrag weitgehend zurück. Wir halten ihn für geeignet, eine längst überfällige Diskussion über die politischen Wandlungen im deutschen Katholizismus in Gang zu bringen.

Hanssler bereits für den Anfang der 60er Jahre registriert. Ende der 80er Jahre ist die Pluralität des Engagements katholischer Christen in der Politik eine unbestrittene Tatsache. Ich will versuchen, sie exemplarisch zu beschreiben, zu erklären und zu bewerten.

Wie sich Katholizismus politisch heute darstellt

Die Vielfalt des politischen Engagements katholischer Christen bezieht sich auf ein Spektrum von Parteien, die von Katholiken gewählt werden bzw. für Katholiken wählbar sind. Wenngleich kirchliche Amtsträger in regelmäßigen Abständen linke bzw. alternative Parteien als für

Ein „dumpfer pluralistischer Wille“, ein „Pluralisierungsprozeß im deutschen Katholizismus“ wurde von *Bernhard*